

## Niederschrift

über die 30. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 18.09.2018, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg  
Ingrid Bartholomäus  
Bernd Karl Bornewasser  
Beate Bötte  
Ursula Brand  
Dietmar Busch  
Petra Ebbinghaus  
Rolf Ebbinghaus  
Horst Enneper  
Jürgen Fischer  
Detlef Förster  
Klaus Haselhoff  
Bernd-Eric Hoffmann  
Thomas Klee  
Rosemarie Kötter  
Ralf-Udo Krapp  
Malik Nasir Mahmood  
Dr. Axel Michalides ab 16:11 Uhr  
Heide Nahrgang  
Sabine Plasberg-Keidel ab 16:02 Uhr  
Dr. Jörg Rieger  
Udo Schäfer  
Christoph Schlüter  
Sebastian Schlüter  
Dietmar Stark ab 16:07 Uhr  
Klaus Steinmüller  
Gerd Uellenberg  
Peter Fritz Sebastian Ullmann  
Annette Verhees  
Dejan Vujinovic bis 16:58 Uhr  
Dr. Jörg Weber  
Harald Weiss

von der Verwaltung

Frank Nipken  
Jürgen Funke  
Sandra Hilverkus  
Marie Hoffmann  
Burkhard Klein  
Jochen Knorz  
Katja Oelschläger

Wolfgang Scholl  
Volker Uellenberg

es fehlt:

Ratsmitglieder

Margot Grüterich  
Olaf Jung  
Thomas Lorenz  
Arnold Müller  
Elisabeth Pech-Büttner  
Annette Pizzato  
Rainer Röhlig  
Rolf Schulte

### **Tagesordnung:**

#### **(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 29. Sitzung des Rates der Stadt am 04.09.2018 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der UWG-Fraktion vom 03.09.2018) AN/0232/2018
5. Kindergartenentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0590/2018
6. Offene Ganztagschule - Entwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0591/2018
7. Medienentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0595/2018
8. Schulentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0596/2018
9. Einbringung Entwurf der Haushaltssatzung 2019 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 IV/0551/2018
10. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
11. Mitteilungen und Fragen

Bürgermeister Johannes Mans begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest und eröffnet die 30. Sitzung des Rates der Stadt um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schlossmacherstr. 4-5.

Zunächst möchte Herr Mans in Erfahrung bringen, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt. Er selbst verweist auf den Tagesordnungspunkt 8 „Schulentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018-19 bis 2020/21“. Dieser wird in die Sitzung des Schulausschusses am 19.11.2018 verschoben.

Weiterhin bittet Herr Ullmann um Auskunft, in welchem Tagesordnungspunkt das Thema Bärenklau (Niederschrift der 29. Sitzung des Rates der Stadt TOP 14h) behandelt wird. Herr Mans gibt an, dies in TOP 11 Mitteilungen und Fragen zu beantworten.

Sodann wird die Tagesordnung einstimmig abgestimmt.

Zuletzt erfragt Herr Mans, ob ein Ratsmitglied zu einem Tagesordnungspunkt der 30. Sitzung befangen ist. Dies wird von den anwesenden Mitgliedern des Rates der Stadt verneint.

## **(Öffentlicher Teil)**

### **1. Niederschrift über die 29. Sitzung des Rates der Stadt am 04.09.2018 (öffentlicher Teil)**

---

Herr Ullmann kritisiert die Ausführung in der Niederschrift zur 29. Sitzung des Rates bezüglich des Tagesordnungspunktes 6 (Namensgebung Sekundarschule). Entgegen der Aussage in der Niederschrift betont Herr Ullmann, dass er sich nicht für den CDU-Antrag zur Benennung der Sekundarschule ausgesprochen hat. Er sei der Ansicht, dass die Benennung der Schule durch die Schüler vorrangig des Antrags betrachtet werden soll. Herr Mans gibt an, dass die Aufnahme zu diesem Tagesordnungspunkt erneut angehört wurde und entsprechend so niedergeschrieben wurde. Herr Ullmann bittet, seine Änderungswünsche in die Niederschrift aufzunehmen.

Auch Frau Ebbinghaus weist darauf hin, dass ihre Aussage bezüglich des Tagesordnungspunktes 14d Verkehrsführung an der Friesenstraße/ Heinz-Rosendahl-Straße falsch niedergeschrieben wurde. Sie gibt an, dass sie gegen eine Rechts-vor-Links Regelung an dieser Kreuzung ist.

Die Ratsmitglieder nehmen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die 29. Sitzung des Rates der Stadt am 04.09.2018 zur Kenntnis.

### **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

Einleitend erklärt Herr Mans, dass der Tagesordnungspunkt „Informationen des Bürgermeisters“ in Verbindung mit der Kontrolle der im Rat gefassten Beschlüsse steht.

#### **a) Zuwendungsbescheid „Starke Menschen, Starke Quartiere“**

Bezüglich des Projektes „Starke Menschen, starke Quartiere“ wurde ein Zuwendungsantrag gestellt. Dieser Zuwendungsbescheid umfasste 1,5 Vollzeitkräfte zur Stärkung des Familienzentrums Wupper. Die Verwaltung hat jetzt den Bescheid erhalten und die Stellen ausgeschrieben.

- b) KFW-Bescheid Energieversorgung Karthausen/Herbeck  
Für die Analyse Energieversorgung in Karthausen und Herbeck wurden KFW-Mittel beantragt. Die Verwaltung beauftragt damit einen Zuschuss für die Stadtwerke in Höhe von 54.000 Euro. Dieser Antrag wurde bewilligt und entsprechend veranlasst.
- c) Homepage InHK Wupperorte  
Die Homepage für das InHK Wupperorte wurde durch das Bauverwaltungsamt aufbereitet und in einer neuen Version freigegeben. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Mans, dass eine neue Homepage für die Stadt Radevormwald ebenfalls am heutigen Datum freigeschaltet wurde.
- d) Lenkungsgruppe  
Aufgrund einer Beschwerde eines Ratsmitgliedes über die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe, hat die Verwaltung diesbezüglich Stellung bezogen. Diese Stellungnahme wird von der Kommunalaufsicht geprüft. Der Bürgermeister sagt zu, die Ratsmitglieder über das weitere Vorgehen zu informieren.
- e) Bahnstraße  
Es wurde seitens der Ratsmitglieder gefordert, dass die Anwohner der Bahnstraße über den aktuellen Stand informiert werden. Dies wurde anhand eines Informationsschreibens durchgeführt.
- f) Pestizidfreie Kommune  
Im Hinblick auf die Eintragung in die Liste der pestizidfreien Kommunen des Bundes erklärt Herr Mans, dass dies nur für Flächen gilt, die von der Stadtverwaltung bewirtschaftet werden. Die Maßnahmen werden dafür entsprechend eingeleitet.
- g) Bärenklau/ Herkulesstaude  
In Rücksprache mit dem Betriebshof teilt Herr Mans mit, dass eine Lösung entwickelt wird. Der Betriebshof wird einzelne Pflanzen beseitigen. Für eine größere Fläche muss jedoch eine Fachfirma beauftragt werden.
- h) Aktuelle Straßensituation Friesenstraße/ Heinz-Rosendahl-Straße  
Die Heinz-Rosendahl-Straße wird zur Zeit noch als „Baustraße“ bezeichnet. Dementsprechend wird der Verkehr über eine provisorische Vorfahrtsregelung geregelt. Für das weitere Vorgehen muss die Heinz-Rosendahl-Straße gewidmet werden.
- i) Aufzeichnungen in Sitzungen durch städt. Mitarbeiter  
Die Anfrage eines Ratsmitgliedes zur Aufzeichnung von Ausschusssitzungen und Ratssitzungen wurde durch den Datenschutzbeauftragten geprüft. Die Fertigung der Notizen durch die städtischen Mitarbeiter dient zur Aufgabenerfüllung und ist somit nach Artikel 4 und 6 Datenschutzgrundverordnung zulässig.
- j) Breitbandförderung  
Herr Mans informiert, dass es hier um die Klarstellung bezogen auf das Projekt Breitband geht. Darüber wurde bereits in verschiedenen Ratssitzungen berichtet. Die WFG wurde zu einer Klärung der Entwicklung beauftragt, damit ein qualifizierter Antrag für die Breitbandförderung gestellt werden kann. Dies ist erfolgt. Aufgrund der Komplexität mit Vergaben und der vielen involvierten Verwaltungsmitarbeiter ist vorgesehen, die Projektsteuerung im Haus zu belassen. Es geht in diesem Fall um eine Förderung in Höhe von 7,1 Mio. Euro. Es muss dementsprechend amtsübergreifend gearbeitet und koordiniert werden.

- k) Zuletzt folgt ein Appell des Bürgermeisters an die Ratsmitglieder. Herr Mans bezeichnet den Verlauf der letzten Sitzung als respektlos und bittet die Anwesenden, wie auch im Ältestensrat besprochen, um mehr Selbstdisziplin und einen respektvollen Umgang untereinander.

---

### **3. Einwohnerfragestunde**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Anträge eingegangen.

---

### **4. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der UWG-Fraktion AN/0232/2018 vom 03.09.2018)**

---

Einleitend erklärt Herr Hoffmann den Antrag der UWG-Fraktion. Die UWG-Fraktion sieht den Antrag als Konsequenz daraus, dass der Rat nicht im Voraus detailliert über den Ankauf von Grundstücken informiert wurde. Er weist darauf hin, dass auch „kleinere“ Investitionen in Höhe von z. B. 20.000 € intensiv beraten werden und dies vor allem auch beim Ankauf der Grundstücke gefordert werden muss. Deshalb sprach er sich für die Streichung des Passus in der Hauptsatzung aus.

Herr Ebbinghaus spricht sich für den Antrag der UWG aus. Seiner Auffassung nach ist die Hauptsatzung in der Form nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar. Herr Ebbinghaus hat eine rechtliche Überprüfung der Satzung in Auftrag gegeben; das Ergebnis steht noch aus.

Herr Ullmann betont, dass er sich auch für den Antrag ausspricht. Er gibt an, dass die Hauptsatzung seiner Meinung nach rechtswidrig ist und hier der Rat hintergangen worden ist. Zusätzlich berichtet er, dass der Antrag der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes nachkommt. Weiterhin erklärt er, dass es keine Alternative gibt, als dass dieser Passus aus der Hauptsatzung gestrichen wird.

Herr Stark macht deutlich, dass die Verwaltung nicht den Ankauf der Grundstücke vorenthalten hat. Die Verwaltung habe entsprechend der Hauptsatzung in dieser Form gehandelt. Es ist nicht möglich, den Kauf eines Fahrzeuges und den Ankauf der Grundstücke zu vergleichen. Die SPD-Fraktion sieht zur Zeit keinen Änderungsbedarf, da sich der Passus in der Vergangenheit bewährt hat.

Der Aussage von Herrn Stark fügt Herr Hoffmann hinzu, dass mit dem Antrag kein Fehlverhalten der Verwaltung gemeint ist.

Herr Ullmann kritisiert die Aussage von Herrn Stark und möchte wissen, in welcher Form sich der Passus in der Vergangenheit bewährt hat. Weiterhin gibt er an, dass der Rat lediglich über ein Vorverfahren informiert wurde, aber in der Zeit die Grundstücke bereits erworben wurden. Die Finanzhoheit des Rates wird damit aufgehoben, es ist ein intransparentes Verfahren, das auf keine demokratische Kontrolle hinauslaufen kann.

Der § 12 der Hauptsatzung enthält zwei Bedingungen, erklärt Herr Ebbinghaus. Die erste Bedingung ist die Empfehlung der WFG, die Zweite die Darstellung im Haushalt als Grundstücksgeschäfte. Beide Bedingungen sind seiner Meinung nach nicht erfüllt.

Herr Bornewasser gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen den Antrag anfangs unterstützen wollte. Allerdings wurde ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Da Herr

Bornewasser ohne das Ergebnis des Rechtsgutachtens keine Entscheidung treffen möchte, bittet er um Verschiebung der Abstimmung in die kommende Ratssitzung am 09.10.2018.

Zusammenfassend stellt Herr Mans die Position der Verwaltung dar. Das Verfahren nach dieser Hauptsatzung ist seit 20 Jahren rechtens. Im Aufsichtsrat der WFG wurde dieses Thema noch einmal präzisiert, so dass die WFG bestätigt hat, dass es eine Empfehlung gab und der Bürgermeister nach dieser Empfehlung gehandelt hat. Für die Verfahrenssicherheit wurden die Wirtschaftsprüfer, die sich derzeit im Rathaus befinden, gebeten, den Sachverhalt zu prüfen. Es wurde bestätigt, dass die Verortung im Haushalt unbedenklich ist. Herr Mans betont, dass es ein rechtskonformes Verfahren ist und weist auf die Gründe hin, aus welchem Grund diese Verfahrensweise gewählt wird. Hier geht es vor allem um die Informationen der Eigentumsverhältnisse und die Kosten für die Grundstücke, die vertrauensvoll behandelt werden müssen.

Herr Hoffmann wiederholt, dass es nicht um die Auslegung des Verfahrens geht, sondern lediglich darum, dass die Ratsmitglieder nicht entsprechend über die Verwendung der Grundstücke informiert wurden.

Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Mans kritisiert Herr Ullmann, dass, wenn eine Empfehlung der WFG existiert, der Prüfbericht des RPAs falsch sei, denn darin wurde dargelegt, dass es keine Empfehlung der WFG für die Ankäufe der Grundstücke gibt. Er bittet aus diesem Grund um Vorlegung der Empfehlung der WFG in der nächsten Ratssitzung, damit die Verwaltung keine Intransparenz entstehen lässt. Herr Mans wird im nichtöffentlichen Teil hierauf erneut eingehen.

Herr Bornewasser stellt formal den Antrag der Verschiebung der Entscheidung auf die nächste Ratssitzung am 09.10.2018.

Sodann lässt der Bürgermeister über die folgenden Beschlussentwürfe abstimmen:

**Beschluss:**

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, den Antrag auf die nächste Ratssitzung zu verschieben:

**Abstimmungsergebnis:** 5 Ja-Stimmen (2 Bündnis 90/ die Grünen, 2 UWG, 1 AL)

28 Nein-Stimmen (12, CDU, 7 SPD, 2 pro Deutschland, 2 UWG, 1 AL, 1 RUA, Bürgermeister, Dr. Michalides, Ullmann)

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, aus der Hauptsatzung den Passus § 12 Abs. 1 Satz 2: „... sowie der An- und Verkauf von Grundstücken auf Vorschlag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH bis zur Höhe der für derartige Grundstücksgeschäfte im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel.“ ersatzlos zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen (3 UWG, 2 AL, Dr. Michalides, Ullmann)

23 Nein-Stimmen (12 CDU, 7 SPD, 2 pro Deutschland, 1 RUA, Bürgermeister)

3 Enthaltungen (2 Bündnis 90/ Die Grünen, 1 UWG)

**5. Kindergartenentwicklungsplan der Stadt Radevormwald BV/0590/2018  
für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2020/21**

---

Herr Dr. Michalides betont zum Kindergartenentwicklungsplan, dass in der Einrichtung für Ü3 Kinder mit mehr Plätzen als Bedarf gerechnet werden. Diesbezüglich möchte er wissen, ob die Möglichkeit besteht, jüngere Kinder (U3) auf diesen Plätzen unterzubringen.

Herr Funke erklärt, dass Kinder unter drei Jahren andere Bedarfe haben. Theoretisch haben die Erziehungskräfte die Ausbildung sowohl für Ü3 und U3. Praktisch ist die Umsetzung jedoch schwer realisierbar aufgrund des erhöhten Arbeitspensums, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Herr Ebbinghaus bemängelt, dass das Ergebnis des Gutachtens dem Rat und seinen Gremien vorenthalten wird. In dem Bereich der U3-Kinder ist ein deutlicher Bedarf erkennbar. Die Vorschläge der Verwaltung sind zum einen die städtischen Kindertagesstätten um je eine Gruppe zu erweitern und zum anderen weitere Betreuungsplätze durch Tageseltern zu schaffen. Hierzu appelliert Herr Ebbinghaus, dass ihm bewusst ist, dass in der Kürze der Zeit keine anderen Alternativen organisiert werden können, auf lange Sicht, die Betreuung durch Tagesmütter keine Lösung ist, da es sich stark auf den Haushalt auswirkt. Es werden also 40 Plätze im Bereich der Kindertageseinrichtungen sowie eine unbekannte Zahl für die Elternbetreuung geschaffen. Der Bedarf liegt jedoch bei ca. 95 Plätzen. Dies bedeutet, dass ein zusätzlicher Kindergarten gebraucht wird. Aus diesem Grund wird die AL-Fraktion diesen Kitabedarfsplan so nicht akzeptieren.

Herr Funke erklärt, dass Herr Gniostko für den Schulbedarf beauftragt wurde, ein Gutachten zu erstellen. Für den Kindergartenbedarfsplan sollte ein Fragebogenkatalog entworfen werden. Hieraus resultieren die vorhandenen Zahlen.

Die Bedarfsanalyse von Herrn Gniostko wird zur Niederschrift zum Jugendhilfeausschuss hinzugefügt. Herr und Frau Ebbinghaus kritisieren, dass diese Unterlagen nicht rechtzeitig den Ratsmitgliedern zur Verfügung standen. Herr Funke gibt an, dass diese Zahlen bereits in den vorhandenen Unterlagen enthalten sind. Frau Ebbinghaus kritisiert außerdem, dass die Verwaltung ein eigenes „Pamphlet“ ausarbeitet und die Ratsmitglieder nicht das Original von Herrn Gniostko erhalten haben. Hierzu spricht sich Herr Vujinovic für die Verwaltung aus und gibt an, dass diese Analysen für den Rat erstellt werden und in diesem Verfahren zum Beispiel ebenfalls der Schulentwicklungsplan entwickelt wurde.

Sodann lässt der Bürgermeister über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt den Kindergartenentwicklungsplan für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2020/21 in der dieser Vorlage beiliegenden Fassung (unter Vorbehalt der entsprechenden Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltes 2019 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022).

**Abstimmungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen (12 CDU, 7 SPD, 2 Pro Deutschland, 3 UWG, 1 RUA, Bürgermeister)  
3 Nein-Stimmen (1 AL, Dr. Michalides, Ullmann)  
4 Enthaltungen (2 Bündnis 90/ Die Grünen, 1 AL, 1 UWG)

---

**6. Offene Ganztagschule - Entwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0591/2018**

---

Herr Bornewasser gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sich bei der Abstimmung enthalten wird, da in dem Entwicklungsplan Unstimmigkeiten zu Karthausen und den entstehenden Bedarfen bestehen. Die Zahlen sind seiner Meinung nach zu niedrig bemessen.

Sodann lässt der Bürgermeister über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Entwicklungsplan für die Offene Ganztagschule in Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 in der dieser Vorlage beiliegenden Fassung (unter Vorbehalt der entsprechenden Beschlussfassung und Genehmigung des Haushalts 2019 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022).

**Abstimmungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen (12 CDU, 7 SPD, 3 UWG, 2 pro Deutschland, 1 RUA, Bürgermeister)  
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)  
4 Enthaltungen (2 Bündnis 90/ Die Grünen, 1 UWG, Dr. Michalides)

---

**7. Medienentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0595/2018**

---

Herr Bornewasser bemängelt, dass einige Aspekte im Hinblick auf die moderne Technik fehlen (z.B. Thin Clients o. ä., welche den Arbeitsaufwand vereinfachen und geringer gestalten können). Er spricht sich aber auch dafür aus, dass der Bericht sehr detailliert und sachlich gut gemacht wurde. Allerdings wird sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus diesem Grund bei der Abstimmung enthalten.

Herr Ebbinghaus möchte das Abstimmungsverhalten der AL-Fraktion noch einmal im Rat begründen. Dieser Bericht enthält, seiner Meinung nach, Schwachpunkte in der Hinsicht, dass das derzeitige Ausstattungsniveau nicht bekannt ist, die Refinanzierung nicht geklärt ist und auch das zukünftige Ausstattungsniveau für den Betrachtungszeitraum nicht vorhanden ist. Auch pädagogische Aspekte sind nicht beachtet worden bezüglich der vorhandenen Computerräume und neuer Notebookwagen. Aus diesem Grund wird sich auch die AL-Fraktion enthalten.

Sodann lässt Herr Mans über folgenden Beschlussentwurf abstimmen:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt den Medienentwicklungsplan für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 in der dieser Vorlage beiliegenden Fassung (unter Vorbehalt der entsprechenden Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltes 2019 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022).

**Abstimmungsergebnis:** 27 Ja-Stimmen (12 CDU, 7 SPD, 4 UWG, 2 pro Deutschland, 1 RUA, Bürgermeister)

6 Enthaltungen (2 AL, 2 Bündnis 90/ Die Grünen, Dr. Michalides, Ullmann)

Nach der Abstimmung lobt Herr Hoffmann die Qualität des Medienentwicklungsplanes.

---

**8. Schulentwicklungsplan der Stadt Radevormwald für die Schuljahre 2018/19 bis 2020/21 BV/0596/2018**

---

Dieser Tagesordnungspunkt ist auf den kommenden Schulausschuss am 19.11.2018 verschoben worden.

---

**9. Einbringung Entwurf der Haushaltssatzung 2019 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 IV/0551/2018**

---

In der Haushaltsrede erläutert Herr Nipken den Entwurf des Abschlusses für 2017, den aktuellen Stand 2018 sowie die Eckdaten 2019. Der Haushalt wird durch Fördermaßnahmen wie z. B. für die Wupperorte „Starke Menschen, Starke Quartiere“ sowie InHK Innenstadt II geprägt. Das Haushaltssicherungskonzept wird dadurch nicht gefährdet. Der Stellenplan wird in der nächsten Ratssitzung am 09.10.2018 zur Verfügung gestellt.

---

**10. Besetzung von Ausschüssen und Gremien**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

---

**11. Mitteilungen und Fragen**

---

- a) Herr Hoffmann erkundigt sich nach der Planung für den Neubau an der Ecke Kaiserstraße und Telegrafienstraße „Knippingseck“. Die Antwort soll im Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung oder im Bauausschuss gegeben werden.

*Anmerkung der Verwaltung: Es liegt noch kein Bauantrag vor. Geplant ist jedoch ein Wohn- und Geschäftshaus.*

- b) Herr Ebbinghaus merkt an, dass zum Thema Breitbandförderung kein Beschluss über den Masterplan vom Rat eingeholt wurde. Dieser hat im vergangenen Jahr im Dezember nicht vorgelegen, es wurde trotzdem abgestimmt. Zum heutigen Tag liegt

der Masterplan vor und der Beschluss wird nicht vom Rat eingeholt. Herr Mans gibt dazu an, dass Vorbereitungen komplett über die WFG durchgeführt wurden. Herr Nipken erklärt, dass mit der Förderung in Höhe von 7,1 Mio. Euro, die die Stadt enthalten könnte, die Beseitigung der „weißen Flecken“ geplant ist. Dies hat insoweit keine Verbindung zum Masterplan. Der Ansatz für die Breitbandförderung wird im Haushalt neu veranschlagt. Diese Vorgehensweise ist in Absprache mit der Aufsichtsbehörde entschieden worden. Der Masterplan ist den Fraktionen zur Kenntnis gegeben worden. Weiterhin ist kein Beschluss über den Masterplan vorgesehen.

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung 17:15 Uhr.**

Johannes Mans  
Vorsitzender

Marie Hoffmann  
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter